

30



AB

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderäte Dr. Wolfgang ULM, Sabine SCHWARZ und Mag. Caroline HUNGERLÄNDER, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 20.11.2017 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Integration, Jugend und Personal)

betreffend Harmonisierung der Pensionssysteme im öffentlichen Dienst bis spätestens 2028 analog zur Bundesbeamtenpensionsreform

Das vor einigen Jahren beschlossene neue Pensionsrecht für die Beamten der Stadt Wien kann nicht als Reform im Sinne der Gleichbehandlung, der Generationengerechtigkeit und der Zukunftssicherung der Pensionssysteme angesehen werden. Der Entwurf verfestigt das Zwei-Klassen-System zwischen Beamten und Vertragsbediensteten der Stadt Wien, schreibt bestimmte Privilegien weiter fort und widerspricht letztlich allen gemeinsamen Bemühungen der politischen Kräfte und Institutionen für eine Harmonisierung der Pensionssysteme – nicht zuletzt auf Bundes- und Länderebene. Der Rechnungshof ortet ein Einsparungspotenzial von 350 Millionen Euro.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, die landesrechtlichen Regelungen im Pensionsrecht derart abzuändern, dass die Harmonisierung spätestens im Jahr 2028 (analog zur Bundesbeamtenpensionsreform) abgeschlossen ist.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 20.11.2017

